

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnement: Bei der Post nach den Agenten bezogen frei ins Haus monatlich 1,40 Mark. Einzelhefte: Die 10p. Hefte über deren Raum 12 Pfl., die Postzeitung 25 Pfl., Einzelhefte 30 Pfl. Bei Abbestellungen Nachh. der Postzeitung 12 Pfl. bei Abbest. Postz. 15 Pfl.

№. 161.

Ultensteig, Mittwoch den 8. November.

Jahrgang 1922

Der 9. November.

* In der Geschichte des deutschen Volkes wird der 9. November als der Jahrestag der deutschen Revolution für alle Zeiten ein doppeltes Gesicht zeigen: auf der einen Seite die vom rosigem Hauch ersehnte und erregene Freiheit im Sinne der Arbeiterklasse, auf der andern das düstere Antlitz des furchtbaren Schicksals, des Zusammenbruchs des deutschen Volkes und des monarchischen Staates.

Jetzt, nach vier Jahren, haben wir den zeitlichen Abstand gefunden, um die Vorgänge des 9. November 1918 zu überprüfen. Die Ereignisse lasten wie ein schwerer Alpdruck auf unserem Volk und all der Niederbruch dessen, was als unerschütterlich galt, wie ein furchtbares Erleben. So kommt es, daß der 4. Jahrestag der deutschen Revolution in der Seele des Volkes gemischte Gefühle auslöst, selbst bei denen, die damals an der Entwicklung beteiligt waren oder wenigstens ihre heimliche Freude hatten: Ungeheure Enttäuschung, fanatischer Grimm und stille Resignation, das sind die drei Hauptausprägungen, die sich feststellen lassen neben jenem politischen Fanatismus derer, die die Revolution heute noch preisen.

Die deutsche Revolution war keine Bewegung, die aus dem deutschen Volk mit elementarer Wucht herauswuchs. Arbeiter und Bürger wurden zum größten Teil von ihr betrogen. Das kam daher, daß die Seele des Volkes an den Fronten weilt. Die lange Dauer des Krieges, die furchtbaren Entbehrungen des Volkes, die unglückliche zerfallene innerdeutsche Politik, die versagende Kunst der deutschen Diplomatie hatten den Boden zubereitet, auf dem radikale Elemente den Umsturz in Szene setzen konnten. Wer die Ereignisse in der Nähe miterlebt hat, der weiß, daß die Sozialdemokratie zunächst nicht willens war, eine Revolution zu machen, wohl aber eine Umgestaltung des Systems im Sinne politischer Freiheiten herbeizuführen. Und erst in entscheidender Stunde nahm sie unter schweren Kämpfen die Revolutionsfahne den Radikalen ab, rief die Führung an sich, um eine Entwicklung nach russischem Muster zu verhindern. Die radikalen Umstürzler aber erstrebten die Übertragung des Bolschewismus auf Deutschland. Daß das verhindert wurde, bleibt ein Verdienst der Sozialdemokraten, die vom November 1918 bis ins Frühjahr 1919 in diesem Kampf um das Niederreißen ihren Mann stellten. Dabei muß aber auch gesagt werden, daß ihre Oppositionsstellung namentlich die des linken Flügels zur damaligen kaiserlichen Regierung, mit die Atmosphäre des Umsturzes schuf.

Nach der Revolution hielte man das Banner der Demokratie im Sinne der Volksherrschaft, zunächst jener Demokratie, die der größte Feind der Geschichte, Wilson, dem deutschen Volke vorgekauft hatte, um es zu fernrücken und dem Entfangensfrieden geneigt zu machen, aus dem dann die Vernichtung von Versailles und der deutsche Niedergang, den wir heute erleben, herauswuchs. Von jener Scheindemokratie mit internationalem Einschlag und den Schlagwörtern „Völkerverständigung“ und „Selbstbestimmungsrecht“ und anderen ist das deutsche Volk durch furchtbare Erfahrungen und Erkenntnisse schwerster Art geholt worden — wenigstens der größere Teil. Das deutsche Volk, das in seinem Kern konservativen und demokratischen Tendenzen zugleich huldigt, war bis zum Umsturz im höchsten Sinne unpolitisch. Erst die seither vergangenen Jahre haben die politische Seele wacher gemacht. Aber noch zeigt sie alle jene Kinderkrankheiten politischer Unreife und Unselbstständigkeit.

Damals im November 1918 wäre nach den Oktobervorgängen im Reichstag und bei der Reichsregierung eine demokratische Umgestaltung gesichert, eine zeitgemäße fortschrittliche Entwicklung verbürgt gewesen. Die Revolution hat politisch diesen Faden ruhiger Entwicklung abgerissen. Bisher haben wir ihn nicht wiedergefunden. Wohl ist das Ziel einer nationalen Demokratie von fast allen bürgerlichen Parteien restlos anerkannt. Aber die Kämpfe drehen sich nunmehr im tiefsten Grund um die Frage: Sozialismus oder Demokratie. Was wir in den letzten Jahren erlebt, ist ein Schwanken zwischen beiden Problemen, weil Männer dieser politischen Ideale die Führung haben, aber keine Richtung zu tonangebender Bedeutung gelangen kann. So kann man sagen: Die politische Revolution in Deutschland ist noch nicht abgeschlossen. Sie wird durch den Bahnherrn des Versailler Friedens, durch die Voincaretsche Macht- und Doppelpolitik weiter getrieben.

Von ... an, was die Revolution von 1918 und ihre Führer versprochen, ist bitter wenig in Erfüllung gegangen. Freilich liegen die Gründe dafür auf außenpolitischem Gebiet. Wir haben „weder Friede noch Brot noch Freiheit“. Und das, was ein süddeutscher Staatspräsident der Revolution versprochen, „eine Zeit ungeahnten Wohlstands und Fortschritts auf allen Gebieten“ erst recht nicht. Trümmerhaufen des Glücks und des Fortschritts im Volk schuf die Revolution in ihrer letzten Ausprägung, ohne daß sie es wollte, weil sie ohne Rücksicht auf die außenpolitischen Kriegsverhältnisse, um eines politischen Phantoms willen die deutsche Machtstellung zerbrach. Wer unsere nationalen Verluste an Volk, Land und deutschem Blut mit in Rechnung für die Revolution stellt, der wird das Urteil jenes bayerischen Kardinals auf dem Münchener Katholikentag in diesem Sommer verstehen, der die Revolution vom 9. November 1918 als das größte Verbrechen am deutschen Volk kennzeichnete. Heute unter Not und Entbehrungen, die in diesem Ausmaß ohne Revolution wohl nicht über uns gekommen wären, erscheint uns dieses Urteil gerecht. Ob aber zu anderen Zeiten nicht auch wieder milder gerichtet werden wird, muß dahin gestellt bleiben. Die Geschichte ist das Weltgericht. Auf jeden Fall ist der 9. November 1918 ein schwarzer Tag in der deutschen Geschichte, und ihn zu feiern, sollte dem überlassen bleiben, der in politischem Fanatismus und Idealismus die ursächlichen Zusammenhänge zwischen der Volksnot der Gegenwart und dem Umsturz von 1918 überblickt.

Der deutsche Zusammenbruch im Jahre 1918.

Teri Gutachten.

Der vierte Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Gründe des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 klarlegen soll, übergibt der Öffentlichkeit als erstes Material drei Gutachten seiner Sachverständigen, die in sich abgeschlossene Arbeiten darstellen. Weitere Teile sollen folgen. Der Ausschuss selbst hat zu den Gutachten noch keine Stellung genommen, das soll erst nach Abschluß des gesamten für seine Untersuchungen in Betracht kommenden Materials geschehen.

Oberst a. D. Schwertfeger behandelt die Frage der politischen und militärischen Verantwortung, und zwar zunächst bis zum Beginn der Offensive des Jahres 1918. Er untersucht dabei in erster Linie das Verhältnis zwischen Kaiser, Reichsleitung und Oberster Heeresleitung von dem Moment, wo der Oberbefehl durch Hindenburg und Ludendorff übernommen worden war. Besonders ausführlich verweilt Schwertfeger bei der Kontroverse Ludendorff-Bahnstraße. Er schildert dann die Versuche, die vor dem Sturz von Bethmann-Hollweg unternommen worden sind, um die Reichsleitung und die Oberste Heeresleitung in Einklang zu bringen. Den Höhepunkt bilden dabei die Verhandlungen von West-Flonss, wo, nachdem die Entscheidung des Kaisers angerufen worden war, die Reichsleitung einen Sieg über die Oberste Heeresleitung davontrug, einen Papier-Sieg, wie Schwertfeger darlegt; denn tatsächlich blieb das Übergewicht der Obersten Heeresleitung bestehen, wie es die bald darauf folgende Entlassung Valentins zeigte. Nach einer Würdigung der zur Schuldfrage vorliegenden Literatur bejaht Schwertfeger die Notwendigkeit der militärischen Offensive vom Frühjahr 1918. Er kommt zu dem Schluss, daß eine vertretbare Schuld bei keiner der damals verantwortlichen Persönlichkeiten vorliegt. Es sei das Schicksal des deutschen Volkes gewesen, daß ihm in diesem Ringen nicht Männer vom Formate Bismarcks zur Verfügung standen.

Professor Hans Delbrück, dessen in zwei Teilen erstattetes Gutachten ursprünglich als Korreferat gegenüber den beiden Sachverständigen gedacht war, ist, wie er in seinem Vorwort selbst mitteilt, mehrfach über diesen Rahmen hinausgegangen und hat seiner Arbeit die Form von selbständigen Referaten gegeben. Er faßt sich gegenüber Schwertfegers Ausführungen kurz. Delbrück unterscheidet bei der verantwortlichen militärischen Führung scharf zwischen Hindenburg und Ludendorff, wobei man, wenn man von einer höchsten Verantwortlichkeit sprechen wollte, sich nur an Ludendorff halten könnte. Er macht sich die sachlichen Feststellungen Schwertfegers im wesentlichen zu eigen, kommt aber zu dem Ergebnis, daß Ludendorff die große Offensive begonnen habe, ohne selbst selbst an den endgültigen Sieg mit den Waffen geglaubt zu haben.

General a. D. v. Kuhl spricht sich über die militärischen Grundlagen der deutschen Offensive aus. Bei einem Vergleich der Stärkeverhältnisse kommt er zu dem Schluss, daß die deutschen Truppen mit 192 Divisionen im März und mit 204 Divisionen im Mai gegen 178 bzw. 188 Divisionen der Gegner nicht unerheblich im Vorsprung gewesen seien, wobei allerdings die Gefechtsstärke diese Ueberlegenheit nicht aufwies. Heranziehung deutscher Truppen von anderen Kriegsschauplätzen sei kaum möglich gewesen. Höchstens hätte man die Divisionen aus der Ukraine, die später, im September und Oktober, für den Westen freigegeben wurden, schon im Frühjahr einsetzen können. Die damalige Stärke der deutschen Abteilungen in Finnland, in der Türkei, in Mazedonien und im Kaukasus werde überschätzt! Wohl aber hätte sich eine stärkere Verwendung österreichischer und bulgarischer Truppen ermöglichen lassen müssen. Daß das nicht geschah, ist nach Kuhl hauptsächlich auf den Widerstand der Kaiserin Zita zurückzuführen, vielleicht auch auf eine nicht ganz gerechtfertigte Unterschätzung der österreichisch-ungarischen Soldaten durch die deutsche Heeresleitung. Ueberhöht habe man die Stärke der Amerikaner im Frühjahr 1918. Dagegen hätte man zu dieser Zeit nicht an die Möglichkeit eines so schnellen Eingreifens der Amerikaner glauben können, wie es dann tatsächlich erfolgte. Getäuscht habe man sich auch über den Schiffsraum der Entente für amerikanische Truppentransporte und über die Wirkung unserer U-Boote. Aus all diesen Irrtümern will Schwertfeger der Obersten Heeresleitung einen Vorwurf nicht machen, da das Urteil, ob der Entschluß der Offensive gerechtfertigt war, durch sie nicht berührt werde. Auch die Frage, ob die Oberste Heeresleitung die Offensive einstellen sollte, verneint der General. Ein Angriff sei meist nicht verlorener als eine Verteidigung; andererseits aber hätte die Lage der deutschen Armee bei Einnahme einer reinen Verteidigungsstellung sich nur verschlechtern können. Außerdem drängte der mangelnde Erfolg dazu, den Angriff zu wagen als einzige Möglichkeit zur Abklärung des Krieges.

In seiner Erwiderung auf das Gutachten v. Kuhl erinnert Professor Delbrück an die Ludendorff'schen Kriegsziele. Der Plan, Belgien für ein Schanz- und Trübsandnis politisch und wirtschaftlich reif zu machen, habe zu einem Vernichtungsfeldzug geführt. Aber dem Ziele, auf das die Operationen Ludendorffs im Jahre 1918 angelegt waren, konnten die vorhandenen Mittel nicht entsprechen. Eine völlige Unterwerfung der französischen und englischen Widerstandskraft, wenn man sie nun einmal anstrebte, erforderte einen unmittelbaren Angriff auf Amiens. Ludendorff aber habe, um einen taktischen Erfolg zu erzielen, den Angriff an einer anderen Stelle angelegt, nur weil die Front des Feindes dort schwach war. Er habe dabei die Schwierigkeiten des Verpflegungs- und Munitionsnachschubs unterschätzt, dagegen den ungeheuren Vorteil unausgenutzt gelassen, den die Teilung des feindlichen Oberkommandos bot. Der gemeinsame Oberkriegsrat wurde durch die verschiedenen gerichteten Ziele der beiden Oberkommandierenden geradezu sabotiert: der eine strebte den Schutz der Kanalküste, der andere den Schutz von Paris an. Mit General v. Kuhl ist Delbrück darin einig, daß die deutsche Armee im Jahre 1918 angreifen mußte. Aber es hätte nur ein Angriff mit beschränkten Zielen sein dürfen. Den Gegnern mußten möglichst schwere Verluste beigebracht werden; aber nach jedem deutschen Erfolg war es nötig, gemäßigtere Bedingungen anzubieten, so daß die Völker schließlich den Friedensschluß einer Fortsetzung des Sturveys vorgezogen hätten.

Oberst Schwertfeger und General v. Kuhl haben sich ausdrücklich vorbehalten, in den weiteren Teilen ihrer Arbeit, deren Veröffentlichung erst später zu erwarten ist, Stellung zu den Darlegungen Prof. Delbrücks zu nehmen.

Neues vom Tage.

Für unsere Kolonien.

Hamburg, 7. Nov. Anlässlich der Aufstellung des Bismarck-Denkmal, das früher in Darfalam war, fand am Jahrestag der Schlacht bei Tanga (4. Nov.) in der Universität eine Feier statt, an der u. a. die Familie Bismarck, Staatssekretär Dr. Müller, die Vertreter des Senats, der Bürgerschaft, der Behörden, die früheren Gouverneure: Herr Adolf Friedrich von Medlenburg, Herr. Nebenber. Dr. Seib, früherer Bismarck-Diener und andere „Mafrikaner“ teilnahmen. Staatssekretär Müller betonte in einer Ansprache: Das Wiederbaubauministerium und der Denkmalausschuss beabsichtigen, durch Aufstellung des Denkmal dem im deutschen Volke fortlebenden Kolonialgedan-

ten einen sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Keine Persönlichkeit sei geeigneter, das Sinnbild dieses kolonialen Gedankens zu sein, als Bismarck. Die deutschen Leistungen auf kolonialen Gebiet gaben dem deutschen Volk den Anstoß auf eigene Kolonien, die eine Lebensfrage für Deutschland seien. Wie einst der Tag kommen, an dem der auf Heimaturlaub befindliche Bismarck wieder zurückgeführt werden könne in die sonnigen Gefilde Afrikas. Anschließend sprach der Hamburger Kaufmann Alfred Oswald, namens der Universität Rektor Professor Lauffer und für den Hamburger Senat Senator Dr. Stubmann. Letzterer erklärte: Das deutsche Volk werde nicht unterlassen, bei jeder Gelegenheit in die Welt hinauszuweisen, daß die Wegnahme unserer Kolonien ein Unrecht sei, dessen Reparation immer wieder gefordert werden müsse.

Eine deutsch-evangelische Kirche in Rom.

Rom, 7. Nov. Unter harter Beteiligung deutscher, italienischer und fremder Protestanten Roms fand am Sonntag die Einweihung einer deutsch-evangelischen Kirche statt. Den deutschen Hauptausführer vertrat Geh. Rat Prof. Wendt-Lohmeyer, der in der Rede auch der italienischen Regierung den Dank für die Rückgabe des Kirchengebäudes aussprach. Der Feier wohnten Vertreter der italienischen Behörden, sowie die Diplomaten Dänemarks, der Schweiz, Schwedens, Dänemarks, Hollands und Finnlands bei.

Die Brüsseler Konferenz.

Paris, 7. Nov. Die Meldung, daß die Eröffnung der Brüsseler Konferenz auf den 5. Dezember angelegt sei, wird von Brüssel aus dementiert. Eine Entscheidung über den Eröffnungstag sei noch nicht getroffen.

Konstantinopel nicht mehr Hauptstadt.

Berlin, 7. Nov. Aus London wird dem „Lokalanz.“ berichtet: Der neue Gouverneur von Konstantinopel habe bekannt gegeben, daß Istanbul nicht länger mehr die Hauptstadt der Türkei, sondern unter weitgehender Selbstverwaltung eine Provinz des türkischen Reiches sei. Ferner ist die Aufhebung der Zensur befohlen. Von allen Seiten hört man Schreien und milden Ärger. Die Türken feiern auf diese Weise die Errichtung der Republik.

Türkische Forderungen für die Friedenskonferenz.

Paris, 7. Nov. Reuter meldet, daß die Angora-Forderung ihrem Delegierten Ismet Pascha vorgelesen habe: 1. Die Festsetzung der Grenzen der Türkei übereinstimmend mit den Bestimmungen der nationalen Verfassung, 2. die Bezahlung einer Kriegsschuldung von Griechenland, 3. Unterdrückung der Revolutionen, 4. die Verringerung der Zölle in Mesopotamien, 5. vollständige politische, finanzielle und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Türkei.

Vertagung der Orient-Friedenskonferenz?

Paris, 7. Nov. Aus London erfährt der „Petit Parisien“, daß man in Italienischen wie in englischen politischen Kreisen es nicht für nötig halte, die Friedenskonferenz am 13. November zu eröffnen und daß Ereignisse wahrscheinlich die Alliierten zwingen, die Konferenz bis zum Ende des Monats zu vertagen.

Der Sultan sucht englischen Schutz.

Paris, 7. Nov. Nach einer Reutermeldung aus Konstantinopel hat der Sultan den englischen Oberkommissar gebeten, ihn zu besuchen. Der englische Oberkommissar ist im Sultanpalast eingetroffen, der selber von englischen Truppen bewacht wird.

Ausdehnung des Rapallo-Vertrages.

Berlin, 6. Nov. Die deutsch-russischen Verhandlungen über die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf die mit der russischen Sowjetrepublik verbündeten Staaten führten zu einem Vertrage, der durch den russischen Vorkämpfer Krestinski und ein Mitglied des ukrainischen Hauptvollzugsausschusses als besonderen Vertreter der Sowjetregierung der Ukraine einerseits, sowie dem Leiter der Delegation im Auswärtigen Amt

Ministerialdirektor Schr. v. Maljan andererseits unterzeichnet wurde. Der erste Teil des Vertrages bestimmt die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf die mit der russischen Sowjetrepublik verbündeten Staaten, Weißrussland, der Ukraine, die drei kaukasischen Republik- und die fernöstliche Republik. Der zweite Teil des Vertrages enthält die wesentlichen Bestimmungen des mit Sowjetrußland abgeschlossenen Vertrages vom 6. Mai 1921, die zur Herstellung der Grundlage für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den obengenannten Staaten nötig sind. Die Frage des sogenannten Ukraine-Guthabens wurde in dem Vertrage offen gelassen.

Die Antwort der Reparationskommission.

Berlin, 7. Nov. Die in Berlin weilende Reparationskommission hat der deutschen Regierung eine schriftliche Antwort auf ihre Vorschläge überreicht. Ueber den Inhalt der Note verlautet, daß sie den Eingang der deutschen Vorschläge bestätigt und den Wunsch nach erweiterten Vorschlägen zum Ausdruck bringt.

Nach einem Bericht des Tageblatts soll die Wiederherstellungskommission von den Vorschlägen wenig befriedigt sein. Von der Wiederherstellungskommission sollte die Bildung eines internationalen Finanzkonföderationsveranlaßt werden, durch das Deutschland eine internationale Anleihe erhalten könne. Innerhalb der Wiederherstellungskommission sieht man in diesem Hauptvorschlag lediglich einen Hinweis auf die Möglichkeiten, die zu einer Lösung der Frage der Markbefreiung führen könnten, und erklärt, die von deutscher Seite gegebenen Anregungen seien insbesondere nicht „positiv“ genug. Infolgedessen werde in der Abgrenzung des gehaltenen Note der Wunsch nach neuen greifbaren deutschen Vorschlägen ausgedrückt.

Berlin, 7. Nov. In der Antwortnote der Reparationskommission ist von Bedeutung, daß sie eine Aufforderung an Deutschland enthält, sich Geld zu verschaffen, und daß die Kommission nicht die Rolle eines Geldvermittlers zu spielen gedenke. Am Dienstag wurde die Kohlenfrage behandelt. Deutschland erklärt, die Sachleistungen nur dann in voller Höhe erfüllen zu können, wenn eine Herabsetzung der Kohlenforderungen der Entente erfolgt werde. Frankreich soll dieser so berechtigten Forderung schroff ablehnend gegenüberstehen. Aus diesen Erwägungen heraus muß das Problem der Sachlieferungen, falls es zu keinem Einvernehmen kommt, als außerordentlich gefährdet bezeichnet werden. Der Berliner Korrespondent des „Journal“ meldet, die Reparationskommission werde am Samstag aus Berlin nach Paris abreisen.

Scheitern der Verhandlungen?

Vasel, 7. Nov. Der Pariser Berichterstatter der „Vasler Nachrichten“ schreibt zu dem Scheitern der Berliner Reparationsverhandlungen: In den französischen politischen Kreisen ist der Ausgang der Berliner Unterhandlungen herausgesehen worden. Man fragt sich sogar, ob der Hintergedanke der französischen Regierung nicht war, vor aller Welt zu zeigen, daß die Reparationskommission unfähig ist, etwas Wirksames für die Lösung der Reparationsfrage zu tun. Nun bleibt als letzter Hoffnungsanker die Konferenz von Brüssel, wo der Plan der französischen Regierung verfochten und zur Annahme gebracht werden soll.

Schlussnahme der neutralen Finanzsachverständigen.

Berlin, 7. Nov. Dienstag mittag trat die auswärtige Sachverständigenkonferenz zur Schlussfassung zusammen, um das Protokoll über die Beschlüsse in einer endgültigen Fassung zu formulieren und im Laufe des Nachmittags der Regierung zu überreichen.

Besehracht.

Glücklich, glücklich nenn' ich den,
Dem des Lebens letzte Stunde
Schlägt in seiner Kindes Mitte.
Solches Scheiden heißt nicht sterben,
Denn er lebt im Angedenken,
Lebt in seines Wirkens Früchten,
Lebt in seiner Kindes Taten,
Lebt in seiner Enkel Mund.

Grillparzer.

Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Viebig.

(68)

(Nachdruck verboten.)

Wie traulich! Im Kamin noch glimmende Funken. Die rote Ampel warf gedämpftes Licht; die spitzenförmigen Decken der breiten Betten waren zurückgeschlagen, darüber ein Baldachin mit langwallenden, lauschigen Vorhängen.

Agnes presste die Hände an die Schläfen und sah sich um wie eine Verirrte: was tat sie hier, was wollte sie hier bei dem fremden Mann? Er war ihr fremd, er gehörte einer andern! Rasch, rasch, ehe er kam! Eine heiße Scham überflog sie; sie riß das Kleid herunter — wie eine umgestülpte Niesendblume lag es auf dem Teppich — sie freite die Röde ab und zog die goldenen Nadeln aus den Haaren, eilig huschte sie ins Bett und zerrte die Decken bis ans Kinn.

Sein Tritt! Sie zitterte. Er kam von drüben, schon im Schlafrock, die seidene Schür nachschleppend, die Haare zerwühlt; sein hübsches Gesicht glühte. Unsicheren Schritts schlorette er durchs Zimmer. Krampfhaft presste sie die Augen zu und mühte sich den Atem gleichmäßig aus- und einzuziehen wie eine Schlafende. Jetzt freite sein Blick sie — sie fühlte das, sie sah's trotz der geschlossenen Lider — ein atelchöllischer, fast widerwilliger Blick.

„Die Schlacht schon“, murmelte er und wendete sich ab. Er hantelte im Zimmer herum, hastig stieß er an die Möbel. Und nun ein ausvolles Aufschreien. Er warf sich aufs Bett, sie hörte die Decke rascheln. Rasend vergrub er den Kopf in die Kissen.

Regungslos lag sie — lange — sie hörte ihn unruhig amen. Endlich öffnete sie die Lider — er schlief, aber er sprach im Traum und warf sich rastlos hin und her; das rote Licht der Ampel huschte über sein glühendes Gesicht. „Er denkt an sie“, flüsterte die junge Frau. „Ich weiß es!“ Tränen auf Tränen rieselte über ihre Wangen, hinunter zu dem schmerzlich verzogenen Mund; sie biß sich auf die zuckenden Lippen, das laute Schluchzen zu unterdrücken.

Einundzwanzigstes Kapitel.

„O du mein Himmel, das ist ja eine ganz gräßliche Geschichte! R. — Frau v. R. — Kommandant — Spielerprozeß — Herrgott, das ist am Ende die Mutter von unserm Kamer! Reda, du mußt es doch wissen! Denn seine Mutter war in Singdorf, nicht wahr? Hier, lies mal — hier!“ Frau Käthe Dalmer schob der Tochter das Zeitungsblatt über den Frühstückstisch hin und fuhr mit dem Finger die Zeilen nach. „Siehst du, hier steht's!“

Vermischtes.

Singdorf, 27. Febr. Heute ereignete sich in der berühmten Irrenanstalt des Doktor W. ein bedauerlicher Vorfall. Die Gemahlin des seinerzeit in den berühmtesten Spielerprozeß zu H. verwickelten Kommandanten von R., die schon lange Jahre an Gräbenwahn sinn litt, stürzte sich in einem plötzlichen Wutanfall auf ihre Wärterin, eine baumstarke Person, schlug dieselbe mit einem Stuhl zu Boden, entriß der Betäubten den Schlüsselbund und entfloß. Die Unglückliche rannte die Treppe herunter, dann durch die Gänge des ausgebeulten Parkes, immer laut schreiend: „Jetzt weiß ich, wer ich bin! Ich will sterben, ich will sterben!“ Die Bediensteten wurden aufmerksam, man verfolgte sie. Von allen Seiten umhüllt, stürzte sie wieder ins Haus zurück, hinauf zum dritten Stock, riß das Türfenster auf und stürzte sich mit einem gekenden Schrei hinab, ehe Hilfe zur Stelle war. Auf dem Pflaster des Hofes lag die zerschmetterte Leiche. Dieser Vorfall ist um so mehr zu bedauern, als Frau v. R. bis dahin eine sehr

Sturzreisen in München.

München, 7. Nov. Ueber die in einer sozialistischen Funktionärberlamung beschlossene Bildung sozialistischer Abwehrorganisationen wissen die „Münchener N. N.“ mitzuteilen, daß beschlossen wurde, in den Betrieben, Kaufstellen usw. für die Sturmteilungen zu werben, und zwar sollen nur kurzentschlossene, zum Kampf bis aufs Aeuferste bereite Männer genommen werden. Die Abteilungen werden bewaffnet.

Staatspräsidentenwahl in Baden.

Karlsruhe, 7. Nov. Am Dienstag nachmittag wählte der badische Landtag mit 51 von 76 abgegebenen Stimmen den Hochschulprofessor Dr. Hellbach zum Minister des Kultus und Unterrichts. Die Abgeordneten der D. Sp., der D. natl., der K. P. und des Landbundes hatten weiße Zettel abgegeben.

Hierauf folgte die Wahl des Staatspräsidenten. Mit 48 Stimmen von 75 abgegebenen wurde der Minister des Inneren Kemmele zum Staatspräsidenten und mit 44 Stimmen Finanzminister Köhler zu seinem Stellvertreter gewählt. 26 Zettel waren leer. Auch bei dieser Wahl hatten die D. natl. D. Sp., Landbund und Kommunisten sich der Stimme enthalten.

In der Vormittags-Sitzung hatte der bisherige Staatspräsident Dr. Hummel sein Amt niedergelegt. Der Uebertritt zur Industrie entspreche einem lange gehegten Wunsche, er hoffe, auch in der neuen Stellung dem Vaterlande dienen zu können. Der Landtagspräsident sprach Dankesworte an den abgehenden Minister.

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 8. November 1922.

— Neue Personentarifschöpfung. Nach einer Verfügung des Reichsverkehrsministers werden die Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs, die am 1. Nov. in Kraft getreten sind, mit Wirkung vom 1. Dez. ab um weitere 100 Proz., also auf das Vierfache der Oktoberpreise erhöht. Sämtliche Fahrpreise des Binnenverkehrs werden zum vierfachen Satz ihres ausgedruckten Preises verkauft.

ep. Der Evang. Bund gegen die Kriegsschuldfrage. Der Gesamtverband des Evang. Bundes hat bei einer kürzlich in Weimar stattgehabten Sitzung einstimmig eine Entschärfung angenommen. Er weist dabei auf die verheerenden Wirkungen hin, die der auf dieser Lage aufgebaute Versailles Vertrag für das deutsche Wirtschaftsleben wie für die deutsche Bildung und Wissenschaft hat. Die Protestanten in gegnerischen und neutralen Lagern mögen bedenken, wie unter diesem Zustand auch das evangelische Wesen in Deutschland aufs schwerste leidet, und sich für den Sieg der Wahrheit und Gerechtigkeit einsetzen.

— Eine Milliarde zur Unterstützung gemeinnütziger Anstalten. Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde als erster Gegenstand der Tagesordnung ein Antrag des sozialpolitischen Reichstagsausschusses auf Gewährung von einer Milliarde Mark zur Unterstützung gemeinnütziger Anstalten genehmigt. Der Ausschuß trat dann in die Beratung einer Reichshaushaltsordnung ein.

Stuttgart, 7. Nov. (Zur Gemeinderatswahl.) Die Leitung der Deutschen Volkspartei Groß-Stuttgarts hat bei sämtlichen übrigen bürgerlichen Parteien angewandt, für die bevorstehende Gemeinderatswahl die Listen der bürgerlichen Parteien miteinander zu verbinden, um damit der Sache des Bürgertums eine besondere Stoffkraft zu geben.

leibt zu behandelnde Kranke war und auch in ihren Wohnvorstellungen ein äußerst angenehmes Leben führte. Die Wärterin scheint mit dem bloßen Schrecken davon gekommen zu sein, sie hat sich wieder erholt. (Römisches Zeitung.)

„Huh, gräßlich, nicht wahr, Reda?“

Die Tochter nickte; der Köffel, mit dem sie in ihrer Kaffeetasse rührte, klapperte an den Rand.

„Das Fräulein wird ja so blaß — oh“, sagte die gutmütige Stimme des alten Herrn, der den Frauen gegenüber saß. „Liebes Fräulein, geben Sie mir doch mal die Schwedische!“

„Er sagte, leben!“ Er sagte, leben; das G war immer seine schwache Seite. „Zum Morgenkaffee gebären meine zwei Zigaretten, sonst schmeckt er nicht. Bitte!“

„Aber so mach doch, Reda! Du hörst doch, daß Herr Schmolle Feuer wünscht. Hier, lieber Herr Schmolle! Streichhölzer, Licht, Aschebecher. Was wünschen Sie noch?“

„Nichts danke! Aber um auf besagten Hammel zu kommen — ne, lassen Sie mich doch mal leben!“ Herr Schmolle freckte die Hand nach dem Zeitungsblatt aus.

„Wer ist diese Frau von Raderer oder Rader? Ich habe nicht recht verstanden!“

„Nana, ich gehe jetzt zu den Stunden!“ Reda schob den Stuhl zurück; sie stand mit wankenden Knien am Tisch. „Adieu!“

„Nu, was denn, — schon?“ Der alte Herr blinzelte das Mädchen freundlich an. „Heute so früh? Bekomme ich keine Hand? Adieu, Mädchen!“

„Adieu, Herr Schmolle!“ Kurz nickend ging Reda aus dem Zimmer. Wohin sollte sie? Das Berliner Zimmer war alles, was Mutter und Tochter besaßen; darin wohnten sie, und zugleich war es auch Wohnzimmer.

Da stand, von Morgen bis Abend, immer der längliche Esch mit dem weißen, nicht ganz tabellosen Tuch und den Violinstimmen darauf. Vorn die zwei schönen Stuben hatte Herr Schmolle inne. Das eine große Hinterzimmer der jungen Doktor; das kleinere Fräulein Berg. In einer letzten engen Komurke schliefen Mutter und Tochter; lebt plättete die Raab dort.

Nachsetzung folgt.

Stuttgart, 6. Nov. (Preisaus schreiben.) Der Herr. Baumfällereier hat für Württemberg, Baden und Hohenzollern einen Wettbewerb über die Frage: „Zur Befreiung der heutigen Wohnungsnot das Familienhaus oder das Mehrfamilienhaus das Richtige?“ erlassen. Für die Preise sind 5000 Mk. veranschlagt.

Sterbenachhalt. Wie bekannt erhalten die Hinterbliebenen eines Beamten oder Pensionärs unter der Bezeichnung „Sterbenachhalt“ die Bezüge des Verstorbenen für 3 Monate weitergereicht. Im Gegensatz zu bisher sollen nun hierbei nach dem Vorgange des Reiches künftig auch noch die Veränderungen berücksichtigt werden, welche sich während dieser drei Monate in der Höhe der Löhne ergeben. Unter den derzeitigen Verhältnissen werden hiernach diese Hinterbliebenen in der Regel noch eine Nachzahlung bei Ablauf der drei Monate erhalten.

Stuttgart, 7. Nov. (Streit in der Holzindustrie?) Die Verhandlungen in der Holzindustrie für Württemberg und Baden sind gescheitert. Wenn nicht in letzter Stunde eine Einigung gefunden wird, ist mit einem ersten Konflikt zu rechnen.

Friedensstadt, 7. Nov. (Erfwürdiger Fund.) In der Nähe des Parkhotels wurde Montag früh ein Mann im Schnee liegend aufgefunden, dessen Fährte zusammengebunden waren und dessen Kopf blutende Wunden aufwies. Er hatte anscheinend mehrere Stunden im Schnee gelegen. Die Wunden sollen von Raufhänden herrühren.

Geislingen, 7. Nov. (Wohnungsprämien.) Der Gemeinderat hat die Gewährung von Prämien für die Freimachen von Wohnungen beschlossen. Die Prämie kann betragen 4000 Mk. bis 12 000 Mk.

Horb, 7. Nov. (Städtetag des Schwarzwaldkreises.) Der hier veranlassete Städtetag des Schwarzwaldkreises forderte nach einem Bericht von Oberlehrer Widmann, daß in den höheren Schulen der mittleren Stände überall die „mittlere Reife“ erreicht wird ohne Verlängerung der Schulzeit auf 10 Jahre. Der Lehrplan müsse mehr dem praktischen Leben angepaßt werden. Wegen der Wiedereinführung der zehnjährigen Fortbildungspflicht für Mädchen wurde protestiert. Ferner wurde die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umfassener von 20 auf 33 1/2 Prozent gefordert.

Hingen, 7. Nov. (Stiftung.) Anlässlich seines zehnjährigen Geschäftsjubiläums hat Fabrikant Friedrich Haag der Stadt 100 000 Mark zur Verfügung gestellt, wovon die Hälfte für einen Krankenhausbau, die andere für Bedürftige, namentlich aus dem Mittelstand, bestimmt ist.

Hingarten, 7. Nov. (Gräberbund.) Eine größere Anzahl von jungen Männern hat die offizielle Gründung eines Gräber-Bundes beschlossen.

Sigmaringen, 7. Nov. (Ermäßigung der Getreidemalage.) Auf Antrag des Regierungspräsidenten hat der preussische Staatskommissar für Vollstreckung das dem Regierungsbezirk Sigmaringen auferlegte Getreidemalage von 1800 Tonnen auf 1300 Tonnen ermäßigt.

Wundes Allerlei.

Notgeld bis 15. Dezember. Obwohl die Reichsbank mit äußerster Anstrengung um die Herstellung genügender Zahlungsmittel bemüht ist, hat sich das Reichsfinanzministerium unter Zustimmung der beteiligten preussischen Stellen entschlossen, die Umlaufschaffen für bereits genehmigtes Notgeld bis zum 15. Dezember zu verlängern. Die Verlängerung gilt auch für diejenigen Scheine, auf denen ein früherer Ablauf der Frist ausdrücklich vermerkt ist.

Nachgabe deutscher astronomischer Instrumente. Durch die Vermittlung des deutschen Roten Kreuzes wird eine große Anzahl sehr wertvoller astronomischer Instrumente, die den Sternwarten in Hamburg-Bergedorf, Potsdam, München usw. gehören, von Odesa nach Deutschland zurückgeführt. Es handelt sich um Instrumente, die mit der deutschen Sonnenfleckenerpedition kurz vor Ausbruch des Krieges nach der Heim entandt worden und in Odesa geblieben sind. Durch außerordentliches und tätiges Entgegenkommen der ukrainischen Wätereierung und ihrer Vertretung in Berlin, wurden vor einigen Wochen die Instrumente an Professor Schorr von der Sternwarte Hamburg-Bergedorf, der zu diesem Zweck nach Odesa gereist war, ausgeliefert.

Eine Fälscher-Fälschergeldfabrik aufgehoben. Eine Geldfälschung größten Stiles ist von der Fälschergeldfabrik der Reichsbank in Berlin aufgedeckt worden bevor sie Schaden angerichtet hat. Der Fälscher ist ein Buchdruckerbesitzer Otto Wiehle aus der Zahnstraße der in der Oranienstraße seinen Betrieb hat. Wiehle wurde von Beamten der Fälschergeldabteilung der Reichsbank auf offener Straße festgehalten und sofort abgeführt. In der Druckerlei fand man in einem sorgfältig gewählten Versteck einen ganzen Stapel von fälschlichen hundertmark-Scheinen der welchen die Fälschergeldnote vom 7. Juli 1922. In einem fremden Versteck fand man ebenfalls eine große Menge Fälschergeldscheine und alle Druckplatten, die zu ihrer Herstellung gedient haben, außerdem auch noch einen Stoß fälschlicher Steuerwertzeichen mit den dazugehörigen Druckplatten und mehrere gefälschte Aktienbogen mit Fälschergeldscheinen. Einen Teil seiner Fälschergeldscheine hatte er bereits zu je 20 000 Stück gebündelt. Im Versteck sind nur eine kleine Anzahl der Fälschergeldscheine außerhandlungslos aufgetaucht. Zum Vertrieß hatte Wiehle viele Leute gewonnen. Mehrere dieser Verbreiter konnten in Berlin verhaftet werden.

Wortverstand. Die Leidenschaft zu der Frau eines anderen hat in München in der Blumenstraße zu bemerkenswerten Vorgängen geführt. Der 23 Jahre alte Schlosser Martin Rehbauer schlich sich in die Woh-

nung eines Kaufmannes ein, gab auf dessen Einverständnis zwei Schüsse ab, verletzte dann den dazwischenstehenden Mann durch einen Schuß am Hals und brachte ihn außerdem Messerfische bei. In der Notwehr tötete der Kaufmann Rehbauer durch Stiche in die Schläfe.

2547 Millionen Fehlbetrag in Berliner Haushalt. Nach neuerlichen Meldungen beträgt der Fehlbetrag des Berliner städtischen Haushalts für das erste Wirtschaftsjahr 2547 Millionen. Die Deckung des Fehlbetrags dürfte der Stadt aus eigener Kraft bei der jetzigen Steuerverteilung nicht möglich werden.

Dänische Hilfe für deutsche Kinder in Berlin. Der dänische Reichstagsabgeordnete Riesson, der das deutsche Kinderheim in Kopenhagen leitet, hat in Berlin drei Kassastuben für arme Berliner Kinder eröffnet, in denen täglich 300 Kinder gespeist werden.

Starke Rückgang der Bienenzucht in Deutschland. Das Ergebnis der ersten Zählung der Bienenzucht in Deutschland nach dem Kriege (aus dem Jahre 1921) liegt jetzt vor. Es ist daraus ersichtlich, daß die Zahl gegenüber der vor dem Kriege erheblich zurückgegangen ist. Gegenüber dem Jahre 1912, in dem die letzte Zählung vor dem Kriege stattfand, ergibt sich eine Verminderung um 15,34 Prozent. Der Rückgang ist in allen Ländern und Provinzen ungefähr derselbe; eine kleine Vermehrung ist nur in der Provinz Schleswig-Holstein eingetreten. Schuld ist wahrscheinlich die Zukernot.

200 Fischerboote untergegangen. Nach Meldungen aus Lifjabon gingen in den Stürmen der letzten Woche an der portugiesischen Küste über 200 Fischerboote unter.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Dienstag in Berlin 8428,87 G., 8471,13 Br., in Frankfurt 8491,10 G. und 8548,90 Br.

- 1 Schweizer Franken — 1566,05 G., 1573,95 Br.
- 1 französischer Franken — 552,10 G., 554,90 Br.
- 1 belgischer Franken — 493,75 G., 496,25 Br.
- 1 holl. Gulden — 3286,75 G., 3303,35 Br.
- 1 italienischer Lira — 351,10 G., 354,90 Br.
- 100 österreichische Kronen — 11,22 G., 11,28 Br.
- 1 tschechische Krone — 280,25 G., 281,75 Br.
- 1 dänische Krone — 1695,75 G., 1704,25 Br.
- 1 schwedische Krone — 2244,35 G., 2255,65 Br.

Stuttgart, 7. Nov. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag waren zugeführt: 157 Ochsen, 34 Bullen, 368 St. Jungvieh, 568 Rälber, 439 Rälber, 460 Schweine, 34 Schafe. Unverkauft: 10 Rälber, 100 Schweine. Preis pro Jtr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 168- bis 17800, zweite 120-15000, Bullen erste 142- bis 15000, zweite 120-13800, Jungvieh erste 168- bis 17500, zweite 148-16000, dritte 115-14200, Rälber erste 125-14500, zweite 95-11500, dritte 70-8500, Rälber erste 245-25000, zweite 235- bis 24000, dritte 300-33000, Schweine erste 380- bis 39500, zweite 350-37500, dritte 300-33000 Mk. Verkauf: bei Großvieh und Rälbern lebhaft, bei Schweinen langsam.

Mannheim, 8. Nov. Der Auftrieb zum Schlachtviehmarkt betrug 282 Ochsen, 311 Bullen, 954 Rälber und Rinder, 399 Rälber, 433 Schafe und 648 Schweine. Bezahlt wurden für 1 Jtr. Lebendgewicht: Ochsen 12-18 500, Bullen 12-16 000, Rälber und Jungvieh 10-18 500, Rälber 18 500-21 000, Schafe 10- bis 12 000 und Schweine 39-46 000 Mk. Tendenz: Großvieh mittelmäßig, geräumt; Rälber lebhaft, unverkauft; Schafe mittelmäßig, Ueberstand; Schweine mittelmäßig, nicht ausverkauft.

Mannheimer Produktenbörse, 8. Nov. Die Devisenbörse gab auch diesmal dem Markte das Gepräge. Hoch gehaltene Offerten, dabei aber wenig Abgabewilligkeit auf der einen und Zurückhaltung im Einkauf auf der anderen Seite kennzeichneten die Marktlage. Weizen stellte sich bahnhof Mannheim auf 27 500 Mk. die 100 Kg. im Durchschnitt. Für Roggen wurden 24 000 Mk., für Haber 24 500 Mk. und für Gerste 23 500 Mk. die 100 Kg. loco Mannheim notiert. Mais bot man zu etwa 26 750-27 300 Mk. die 100 Kg. bahnhof Mannheim an. Im Weizenmarkt war es ebenfalls still.

60 Milliarden neues Papiergeld. Der Ausweis der Reichsbank vom 31. Oktober schließt mit neuen, das bisher getanne Maß weit überschreitenden Höchstziffern in den Kreditansprüchen an die Bank wie in der Banknotenausgabe ab. Die gesamte Kapitalanlage schwoll um 96,3 auf 579,5 Milliarden an. Die bankmäßige Deckung allein hob sich um 96,1 auf 578,4 Milliarden Mk. Die neuen Abflüsse an Banknoten beliefen sich in der Berichtswoche auf 59,5 Milliarden Mk., an Darlehenskassenscheinen auf 14,2 Millionen Mk. Damit erreichte der Banknotenumsatz die Höhe von 469,5 Milliarden Mk., während sich der Umlauf an Darlehenskassenscheinen auf 14 Milliarden Mk. stellte.

Letzte Nachrichten.

Die neuen Vorschläge der deutschen Regierung.

WTB. Berlin, 8. Nov. Wie die Blätter mitteilen, wird die Formulierung der neuen Vorschläge der deutschen Regierung an die Reparationskommission nicht unbeeinträchtigt bleiben von den Gutachten der ausländischen Sachverständigen. Das erste dieser Gutachten, das die Unterschrift der beiden Engländer Brand und Keynes, des Amerikaners Jent und des Schweden Cassel trägt, ist dem Reichskanzler gestern Abend bereits zugegangen.

Das „Berliner Tageblatt“ nimmt an, daß die Antwortnote der Reichsregierung noch im Laufe des heutigen Tages der Reparationskommission übergeben werden kann. — Von den Blättern wird mit Bestimmtheit erklärt, daß sich ausländische Privatbankiers mit Zustimmung und mit zugezogener Unterstützung ihrer Regierungen an einer Stützaktion für die Mark mit Bankreisen und unter Mitwirkung der deutschen Reichsbank bereit erklärt haben.

Die Blätter haben nochmals hervor, daß in Bezug auf die Formulierung der deutschen Vorschläge an die Reparationskommission während der ganzen Dauer der Berliner Verhandlungen mit der Kommission innerhalb der Reichsregierung vollständige Einmütigkeit bestanden habe. Das werde aber, wie die Blätter schreiben, für eine Selbstverständlichkeit angesehen, daß die Erwägungen über eine Umbildung der Regierung unmittelbar nach dem Abschluß der Verhandlungen wieder aufgenommen würden. Es sei die allgemeine Auffassung, daß sehr bald eine deutliche Reorientierung der deutschen Politik erfolgen müsse. Es solle ein umfassendes außen- und innenpolitisches Programm aufgestellt werden, zu dessen Durchführung das ganze deutsche Volk aufgerufen werden soll.

Nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblatt“ seien seit geraumer Zeit Bestrebungen im Gange, eine zweite Bankierkonferenz unter dem Vorsitz von Morgan zur Diskussion der Reparationsfrage nach Paris oder Brüssel einzuberufen. Da Morgan, der sich gegenwärtig in Rom aufhalte, spätestens am 26. Nov. nach Amerika zurückkehren werde, solle die Bankierkonferenz noch vor diesem Termin stattfinden. Dies sei auch der Grund, weshalb die Reparationskommission möglichst rasch nach Paris zurückkehren wolle.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, sind die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission über die Holzlieferungen Deutschlands an die Entente zunächst vertagt worden. Die Beratungen sollen demnächst in Paris fortgesetzt werden.

Der Reichskanzler und die Parteiführer.

WTB. Berlin, 7. Nov. Heute Nachmittag empfing der Reichskanzler die Parteiführer und zwar zunächst die Führer der Regierungsparteien, der deutschen Volkspartei und der bayerischen Volkspartei und daran anschließend die Führer der Deutsch-Nationalen Volkspartei, um sie über die bisherigen Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission, sowie über die Aussprache mit den internationalen Sachverständigen zu unterrichten.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt heute Nachmittag eine Vollversammlung, die infolge von alarmierenden Meldungen der Gewerkschaften über die Lage in Bayern einberufen worden war. Die bayerischen Gewerkschaften sollen eingehendes Material über die Tätigkeit des Generals Wittwisch und des Kapitäns Erhardt in Bayern, sowie über die des Majors Babst in Nordtirol gesammelt haben.

Die Vorgänge in Bayern.

WTB. Berlin, 7. Nov. Trotz der amtlichen bayerischen Zementis bleibt die „Völkische Zeitung“ bei ihrer Behauptung, daß sich Kapitän Erhardt in München aufgehalten habe.

Vor dem Belagerungszustand über Konstantinopel.

WTB. Paris, 8. Nov. Nach einer Javos-Meldung aus Konstantinopel haben die alliierten Oberkommissare ihre Regierungen ersucht, Maßnahmen zuzustimmen, die einer Verhängung des Belagerungszustandes gleichkommen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme werde damit begründet, daß die neue Verwaltung Schritte unternähme, die mit der früheren Regelung im Widerspruch ständen und gegen die Ausländer gerichtet seien. Insbesondere wolle sie die übertrieben hohe Zolltarife anwenden, die von der Nationalversammlung aufgestellt worden seien und die das Brot verteuerten, die Staatsverträge über die Pflichten und die Rechte der Ausländer (Kapitalationen) aufheben und die Geschwähigkeit der gemischten Gerichte nicht anerkennen. Der süßere Stand der Dinge müsse mindestens während der Dauer der Konferenz bestehen bleiben.

Die Ausweisung der drei Unterthanen aus Konstantinopel gefordert.

WTB. London, 8. Nov. Unter erfährt, der Zweifel darüber, ob Angora beabsichtige, das Rubania-Abkommen auszuführen, verursache Besorgnis. Es bürsche volle Uebereinstimmung zwischen den Alliierten, die einhellig der Meinung seien, daß die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung Konstantinopels völlig auf ihren Schultern ruhe. Angora habe die Schließung des britischen gemischten Gerichtshofs und der alliierten Sanitätsmissionen angeordnet. Aus Konstantinopel wird gemeldet, Asiant Pascha habe den Alliierten eine Note überreicht, in der die Ausweisung der drei Unterthanen aus Konstantinopel gefordert werde. Viele hundert Mohammedaner, darunter der vormalige Scheich al-Islam, haben in der britischen Botschaft Zuflucht gesucht.

Ein Grubenunglück.

WTB. Paris, 8. Nov. Wie aus Spokane (Pennsylvanien) gemeldet wird, sind bei dem Grubenunglück 50 Personen ums Leben gekommen. 30 der betroffenen Personen befinden sich nach in hoffnungslosem Zustand. Einige Gerettete erzählen, daß die Bergleute durch den Druck der Explosionen nach allen Seiten geschleudert wurden. Die ganze Nacht wartete eine aus Frauen und Kindern bestehende Menge angsterfüllt auf Nachrichten von den Verschütteten.

Papiergeldinflation.

WTB. Berlin, 7. Nov. Wie das „Nacht-Abendblatt“ erzählt, werden zur Hebung der Zahlungsmittelnot demnächst die neuen 50 000-Mark-Noten ausgegeben und die neuen 500-Mark- und 1 000-Mark-Scheine stärker vermehrt werden. Täglich würden 11 bis 12 Milliarden neues Papiergeld in den Verkehr gebracht.

Wintmahliches Wetter.

Die von Westen her auch nach Deutschland vorgedragene Niederdruckzone wird bei nur zeitweiliger Aufbeiterung für Donnerstag und Freitag trübes und regnerisches Wetter bei fühlbar Temperatur zur Folge haben.

Druck und Verlag der W. Meier'schen Buchdruckerei Alensfeld.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Ämliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betr. die Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste der land- u. forstwirtschaftlichen Arbeiter.

Die am 23. Dezember 1921 (Staatsanzeiger Nr. 308/21 und Min. Amtsblatt 1922 S. 8) festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter werden mit Rücksicht auf die fortschreitende Geldentwertung erhöht und mit Wirkung vom 1. Januar 1923 an für den Oberamtsbezirk Nagold in nachstehender Weise neu festgesetzt

A) Landwirtschaftliche Arbeiter:

Stellungsgebiet	Verstärkte über 21 Jahren		Verstärkte zwischen 16 und 21 Jahren		Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren		Kinder unter 14 Jahren	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Für sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks Nagold.	56400	37800	40500	30300	28500	22800	9600	8400

B) Forstwirtschaftliche Arbeiter.

Für die Forstamtsbezirke Enzlinsterle u. Simmersfeld (W.-H.):	89100	66900	71400	53400	50100	39900	16800	14400
Für den Forstamtsbezirk Simmersfeld (Ost):	81000	60900	64800	48600	45300	36600	15300	12900
Für alle übrigen Forstamtsbez. des Oberamtsbezirks Nagold:	72900	54600	58500	43800	40800	32700	13500	11700

Für die Körperschafts- und Privatwaldungen sind die staatlichen Forstamtsbezirke, innerhalb deren die entsprechenden Waldungen liegen, bezüglich der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste maßgebend.

Nagold, den 6. November 1922.

Versicherungssamt: Münz.

Vieh- und Schweinemärkte im Bezirk Nagold.

Die Abhaltung der Vieh- und Schweinemärkte im Oberamtsbezirk Nagold im Monat November und Dezember wird unter folgenden Bedingungen gestattet:

1. Vieh- und Schweinhandler haben die für das Jahr 1922 gültigen blauen Viehhandelsbücher sowie die vorgeschriebenen Kontrollbücher bei sich zu führen, sowie tierärztliche bezw. amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen.
2. Klautiere aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen dem Markt nicht zugeführt werden. Tiere, für die solche Zeugnisse fehlen, werden unannäherlich zurückgewiesen.
3. Alle zum Markt gebrachten Tiere müssen vor dem Marktrieb durch den beauftragten Tierarzt untersucht werden. Vor dieser Untersuchung sowie außerhalb des Marktplatzes ist am Markttag jeder Handel verboten.
4. Personen aus verbotenen Orten dürfen den Markt nicht besuchen.

Nichteinhaltung dieser Vorschriften wird bestraft. Zuwiderhandelnde werden außerdem vom Markt zurückgewiesen.

Es finden im Monat November und Dezember 1922 folgende Viehmärkte statt:

in Willberg am 10. November und 21. Dezember 1922	Beginn des Schweinemarktes um 8 Uhr,	Viehmarktes um 8 ¹ / ₂ Uhr,
in Altensteig-Stadt am 28. Nov. und 20. Dez. 1922	Beginn des Schweinemarktes um 9 Uhr,	Viehmarktes um 9 ¹ / ₂ Uhr,
in Nagold am 14. Dezember 1922	Beginn des Schweinemarktes um 8 Uhr,	Viehmarktes um 8 ¹ / ₂ Uhr.

Nagold, den 7. Nov. 1922. Oberamt: J. A. Obersekretär Bollmer.

Auf die Bekanntmachung der Zentralkasse für die Landwirtschaft betr. die Abhaltung von Prüfungen im Futterkalk an den Lehrwerkstätten für Hufschmiede, Staatsanz. No. 254 vom 30. Oktober 1922 wird hingewiesen.

Der Staatsanzeiger kann bei den Schultheißenämtern eingesehen werden.

Nagold, den 6. Nov. 1922. Oberamt: Münz.

Viehzählung am 1. Dezember 1922.

Am 1. Dezember 1922 findet lt. Verfügung des Ernährungsministeriums vom 27. Okt. d. Jrs. Staatsanzeiger No. 253 eine Viehzählung statt.

Die Zählung erstreckt sich auf Pferde, Esel, Maultiere und Maultiere, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Geflügel, (Gänse, Enten, Hühner einschl. Truthühner,) zahme Kaninchen (Stallhasen) und Bienenstöcke.

Die Gemeindebehörden, deren Aufgabe die Durchführung der Viehzählung ist, werden auf die diesbezügliche Verfügung des Ernährungsministeriums besonders hingewiesen. Die Termine sind genau einzuhalten. Die Vordrucke zu den Urklisten werden nach Eintreffen vom Statist. Statist. Landesamt den Gemeindebehörden übersandt.

Gleichzeitig sind für die Bezirksarzneihausbehörde die Zahl und Rasse der in den einzelnen Gemeinden vorhandenen Rasse- und sprunghähigen Ralblauen (je getrennt) sowie der Bestand an sprunghähigen und zur Jagt verwendeten melkbaren Schweinen und Ziegen zu ermitteln und dem Oberamt zu berichten.

Nagold, den 6. November 1922. Oberamt: Münz.

Durch die fortgesetzte Geldentwertung sehen sich die Wirte des Bezirks genötigt, folgende

Mindestpreise

festzusetzen:
 Schankbier 1 Maß. M. 14.-, 15.-
 0,7 Liter. H. M. 35.-
 Spezialbier 0,68 Liter. H. M. 40.-
 Neuer Wein 1/4 Liter. M. 40.-
 Alter „ 1/4 Liter. M. 50.-
 Branntwein 1 Gläschen 10.-
 Most 1 Liter. M. 24.-
 Bezirkswirtsverein.

Buchen-
 Eichen-
 Tannen-
 Forchen-
 Stockholz
 Bündel- u.
 Schwarten-
 Brennholz
 sowie
 Stangen

aller Klassen
 kauft laufend gegen
 sofortige Kasse

Wilhelm Lanher
 Eibensbach i. W. u. t. d. G.
 Telefon 2.

Erhöhung der Ortslöhne (§ 149 R.V.O.)

Die mit Bekanntmachung vom 30. Juni 1922 (Amtsblatt des Min. d. Jn. S. 205) gegenüber den Sätzen vom 17. Dezember 1921 (M. A. V. S. 330) um 100 vom Hundert erhöhten Ortslöhne werden mit Rücksicht auf die fortschreitende Entwertung des deutschen Geldes um weitere 300 vom Hundert, also auf das Achtfache der Höhe vom 17. Dez. 1921, erhöht.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab gelten folgende Sätze:

Versicherungssamt-bezirk	unter 16 Jahren		von 16 bis 21 Jahren		über 21 Jahre	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Nagold.	88	72	144	96	208	144

Nagold, den 6. November 1922.

Versicherungssamt: Münz.

Altensteig.

Raubzeugfallen

für Otter, Fuchs, Dach, Marder, Iltis usw.

Maulwurffallen

Maus- und Rattenfallen

empfehlen in reichster Auswahl

Lorenz Luz jr., Tel. Nr. 46.

Schulbücher

kauft man in der

W. Rieker'schen Buchhandlung
 L. Lauk, Altensteig.

Altensteig

Ein jüngeres, ordentliches Mädchen

für sofortigen Eintritt sucht
 Frau W. Rieker.

Altensteig.

Gänse oder Enten

zu kaufen
 Caroline Luz
 (b. Schlachthaus.)

Altensteig.

Bis zu 15 Jahren

Mist

hat zu verkaufen oder gegen
 Geld umzutauschen.

Veeh & Ziegler

W. Schneider's Nachfolger
 Telefon Nr. 9.

Evangelischer Volksbund Altensteig. Volkstümliche Vorträge

im Gemeindehaus, 8 Uhr abends.

1. Donnerstag, 9. Nov. Die christliche Familie als Grundlage der Erziehung. Stadtpf. G. Wein. Berned. Febermann ist hierzu freundlich eingeladen.

Empfehle noch zu äußerst günstigen Preisen:

Kernseife Seifenpulver Schmierseife Soda

Schwarzwald-Drogerie Altensteig
 und Filiale Simmersfeld

Papiergeld- Streifbänder

empfehlen die

W. Rieker'sche Buchhbg. Altensteig.

Landwirte! Viehhalter!

Drogerol-Futterkalk

ist der beste Futterkalk für alle Tiere.
 Zur Aufzucht und Mast unentbehrlich.
 Glänzend begutachtet.

Alleinhersteller: Drogerol-Werke G. Hülssel
 vom. Gebr. Benz, Zentrale Nagold.
 Zu haben in den bekannten Verkaufsstellen.

Wir empfehlen äußerst billig:

1a Speisefett, holl. Kristall-Zucker,
 1a Kunsthonig (Maring), Kaffee, Tee,
 Kakao, Saborie, Süßstoff,
 Kunstmost in div. Qual.
 Waschseife, Schmierseife, Seifenpulver,
 Wasserglas.

Löwendrogerie Nagold u. Ebhausen.

Berned.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme, welche mir während der
 Krankheit ans. I. Sattin u. Mutter

Katharine Wurster

erfahren durften, sowie für die so
 zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte,
 für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers
 und für den erhebenden Gesang des Männerge-
 sangvereins nebst seinem Dirigenten sagen herz-
 lichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Alle Druckarbeiten

für den privaten, geschäftlichen
 und amtlichen Verkehr liefert in
 kürzester Zeit und in sauberster
 Ausführung bei billigen Preisen
 die

W. Rieker'sche Buchdruckerei
 Altensteig.

